Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 14. Februar 2019 um 15:02 Uhr

Kölner Stadt-Anzeiger verweist auf vertraulichen Bericht an NRW-Innenminister Reul

Ermittlungen wegen Behördenversagen bei den Missbrauchsfällen in Lügde: Generalstaatsanwältin sieht keinen Anfangsverdacht - Jugendamt Hameln und Polizei Blomberg jetzt aus der "Schusslinie"?

Donnerstag 14. Februar 2019 - **Köln / Lügde (wbn/ots). Überraschende Wende in der Frage inwieweit im Zusammenhang mit den bundesweit aufsehenerregenden Missbrauchsfällen von Lügde auch ein mehrfaches Behördenversagen vorliegen könnte.**

Die Generalstaatsanwältin von Hamm sieht offenbar keinen Grund, im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal von Lügde gegen die mit dem Fall befassten Polizisten und Jugendamtsmitarbeiter vorzugehen. Das geht aus einem vertraulichen Bericht von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zu dem Vorgang hervor, der dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Donnerstagausgabe) exklusiv vorliegt.

Fortsetzung von Seite 1

Darin wird die Generalstaatsanwältin mit den Worten zitiert. "Nach meiner Bewertung rechtfertigt der berichtete Sachstand nicht die Aufnahme des Anfangsverdachts strafrechtlich relevanten Verhaltens gegen Beamte der Kreispolizeibehörde Lippe und Mitarbeiter der Jugendämter der Kreise Hameln und Bad Pyrmont."

Nach derzeitigen Erkenntnissen wurden auf dem Campingplatz in NRW mindestens 31 Kinder im Alter zwischen vier und dreizehn Jahren missbraucht. Drei Tatverdächtige sitzen in Haft. Polizei und Jugendämter hatten wiederholt Hinweise auf einen möglichen Missbrauch erhalten.

Ein Verfahren wurde aber nicht eingeleitet. Deswegen wird derzeit noch gegen verantwortliche Mitarbeiter von Polizei und Jugendämtern wegen Strafvereitelung und Verletzung der Fürsorgepflicht ermittelt.